Der italienische KP-Führer hat die Abkehr von Moskau vollzogen : Enrico Berlinguer und die europäische Linke

Autor(en): **Ehmke, Horst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-340154

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Enrico Berlinguer und die europäische Linke

Von Horst Ehmke

Am 11. Juni dieses Jahres starb der italienische KP-Führer Enrico Berlinguer in Padua an den Folgen eines Hirnschlages, der ihn wenige Tage zuvor während einer Rede anlässlich des Europawahlkampfes getroffen hatte. Die Resonanz auf Krankheit und Tod des KPI-Generalsekretärs ging weit über den eigenen politischen Freundeskreis hinaus. Berlinguer war eine bedeutende Figur der europäischen Linken. Im folgenden Artikel würdigt Horst Ehmke, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, die politische Bedeutung von Enrico Berlinguer für die europäische Linke.

Papst Johannes Paul II. betete für ihn, Staatspräsident Pertini geleitete den Verstorbenen «wie einen Bruder, einen Freund, einen Kampfgenossen» heim nach Rom, rund 1,5 Millionen Landsleute erwiesen ihm auf der grössten Massenversammlung des republikanischen Italien die letzte Ehre.

All dies war nicht nur Ausdruck der Tatsache, dass es sich bei dem Toten um den Führer der mit 1,6 Millionen Mitgliedern und über 30 Prozent Wählerstimmen grössten und einflussreichsten KP des Westens handelte. Die Reverenz signalisierte auch Zustimmung und Respekt für die Persönlichkeit Berlinguers, für sein politisches Wirken und seinen politischen Stil. 15 Jahre lang drückte er der KPI seinen Stempel auf, seit 1969 zunächst als Stellvertreter des kranken Generalsekretärs Longo und ab 1972 als dessen Nachfolger. Dabei trug er wesentlich zur «Verweltlichung» des italienischen Kommunismus und zu seiner «Europäisierung» bei, d.h. zur Beschleunigung der durchaus nicht immer kontinuierlich verlaufenen Entwicklung der KPI zu einer politisch und kulturell westlichen Partei.

Im folgenden geht es mir weniger um eine Würdigung der persönlichen Eigenschaften Berlinguers, so wichtig sie für seine politische Wirkung waren: der grosse Eindruck seiner stillen Kraft, seine stark moralisch geprägten Überzeugungen, seine Fähigkeit, im Gespräch mit Andersdenkenden zuzuhören und zu lernen. In seinem Glauben an die Möglichkeit eines reformorientierten Wandels verbanden sich – wie Piet Dankert in seiner Trauerrede gesagt hat – realistisches Denken und Zukunftsvision miteinander. Dies alles prägte auch die zahlreichen Begegnungen, die deutsche Sozialdemokraten mit Berlinguer hatten, zunächst Ende der 60er Jahre im Vorfeld der neuen Ostpolitik, dann seit den 70er Jahren zu Problemen der Ost-West-Beziehungen und zur Rolle Europas in der Welt.

Im Vordergrund meiner Überlegungen steht die Frage nach den politischen Impulsen (und deren Grenzen), die Berlinguer der KPI in Richtung auf das Konzept eines «demokratischen Sozialismus» vermittelt hat. Der Transformationsprozess ist keineswegs abgeschlossen. Die KPI betrachtet sich auch nicht als Kandidatin für eine Mitgliederschaft in der Sozialistischen Internationale. Es wäre unhistorisch, zu übersehen, dass die KPI aus der Oktoberrevolution hervorgegangen ist und auch unter veränderten Bedingungen ihre spezifische Identität als kommunistische Partei bewahren will. Ihre Entwicklung aber ist von zentraler Bedeutung für die ganze europäische Linke.

Wir müssen Berlinguers Aussage, er werde bei allen Konvergenzen unter der westeuropäischen Linken auch in Zukunft Kommunist bleiben, ebenso ernst nehmen wie seine wiederholte Kritik an der internationalen Sozialdemokratie, der er – bei aller Würdigung ihrer Erfolge beim Ausbau des Sozialstaates – bis zuletzt vorhielt, nirgends den Kapitalismus überwunden zu haben. Wir werden allerdings auch fragen müssen, was die reformorientierte Praxis der KPI denn eigentlich von der sozialdemokratischen Praxis unterscheidet.

Gleichwohl bildet die theoretische und politisch-praktische Neuorientierung der KPI eines der faszinierendsten Kapitel in der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung: Nach den wichtigen Vorarbeiten von Togliatti und Longo vollzog die Partei unter massgeblichem Einfluss Berlinguers einen «neuen qualitativen Sprung», indem sie aus dem historischen Bezugssystem des auf Moskau orientierten Kommunismus heraustrat und die zentralen politischen

Ordnungsprinzipien der demokratisch verfassten westlichen Industriestaaten akzeptierte. Nicht zuletzt die rüden Angriffe Moskaus auf die KPI-Führung zeigen, dass es sich hierbei nicht um ein blosses taktisches Manöver zur Eroberung der Macht handelt, sondern um einen grundsätzlichen, langfristig angelegten Wandel von Wesen und Zielsetzung des italienischen Kommunismus. Die Bejahung der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit ihres Landes im Rahmen von EG und NATO ist nur ein Ausdruck dieses tiefgehenden Wandels.
Dieser Wandel ist von der SPD und ihren westeuropäischen Schwesterparteien mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt worden (im Europaparlament hat er auf vielen Feldern wiederholt zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten geführt). Über eine Stärkung der Kräfte der Demokratie hinaus bietet er die Perspektive einer inhaltlichen Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung in Westeuropa, eine Spaltung, die sich unter vielen Aspekten als verhängnisvoll erwiesen und in Italien und Deutschland ganz wesentlich zum Sieg des Faschismus beigetragen hat. Unsere Aufmerksamkeit konzentriert sich dabei auf die drei schon genannten Felder: auf das Verhältnis zu Moskau, auf die Einschätzung der Demokratie (auch im Innern der KPI selbst) und auf das Verhältnis zur europäischen und atlantischen Zusammenarbeit. In allen drei Bereichen setzte sich Berlinguer – mitunter erst nach einigem Zögern – an die Spitze der Neuerer und wurde damit zum Schöpfer, Vorkämpfer und Gestalter dessen, was seit 1975 als «Eurokommunismus» bezeichnet wird.

Distanz zu Moskau

Vielleicht liegt einer der Gründe für diese Linie Berlinguers darin, dass er im Gegensatz zu vielen anderen KP-Führern politisch-kulturell nicht in der Komintern-Tradition verankert war und weder die Moskauer Komintern-Schulen noch die faschistischen Gefängnisse noch das Exil kennenlernte. 1922 in Sassari auf Sardinien geboren, entstammte er einer bürgerlich-liberalen Aristokratenfamilie. 1943 stiess Berlinguer zur KPI, tauchte bald nach dem Abzug der Deutschen in Rom auf und widmete sich dort seit Ende 1944 in enger Zusammenarbeit mit Parteichef Togliatti dem Aufbau einer neuen kommunistischen Jugendorganisation. Von 1949 bis 1956 war Berlinguer Generalsekretär dieser Organisation, in der Periode 1950 bis 1953 zugleich Präsident des Weltbundes der Demokratischen Jugend mit Sitz in Prag. In dieser Funktion war er massgeblich an der Organisation der ersten Weltjugend-Festspiele von 1951 in Ost-Berlin beteiligt. Aus dieser Zeit stammen seine freundschaftlichen Beziehungen zu Erich Honecker, dem damaligen FDJ-Vorsitzenden, die alle späteren inhaltlichen Kontroversen zwischen SED und KPI überdauerten. 1958 ins ZK-Sekretariat und 1966 ins Politbüro gewählt, widmete sich Berlinguer vor allem Organisationsfragen. 1968 wurde er als römischer Spitzenkandidat erstmals in die Abgeordnetenkammer gewählt, der er bis zu seinem Tode angehörte.

Seit 1964 trat Berlinguer wiederholt als italienischer Delegationsleiter bei Verhandlungen mit der KPdSU und bei multilateralen Konferenzen der kommunistischen Parteien hervor, so auch bei der 3. Moskauer Weltkonferenz vom Juni 1969. Schon damals vertrat er prononciert eigenständige Positionen, indem er die Intervention der Warschauer-Pakt-Mächte in der Tschechoslowakei verurteilte und für eine rationalere Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten plädierte. Ausserdem forderte er ausdrücklich, dass es in der kommunistischen Bewegung «kein führendes Zentrum, keine führende Partei und keinen führenden Staat» geben dürfe. Berlinguer selbst hatte massgeblichen Anteil an der Entscheidung der Parteispitze, dass die KPI damals nur den das politische Aktionsprogramm betreffenden Teil des Schlussdokuments unterzeichnete, nicht aber dessen theoretisch-analytische Abschnitte.

Einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur Emanzipation der KPI von ihren historischen Bindungen bildete die Ost-Berliner Konferenz der europäischen kommunistischen Parteien vom Juni 1976: Gemeinsam mit den Jugoslawen, Spaniern und Rumänen trat Berlinguer für eine Überwindung des mit dem sowjetischen Führungsanspruch belasteten «proletarischen Internationalismus» ein. Er plädierte für einen «neuen Internationalismus», der die gleichberechtigte Zusammenarbeit unter den Parteien meinte, zugleich aber weit über diese hinaus eine in sich differenzierte Bewegung «politischer und gesellschaftlicher Kräfte verschiedener geistiger Ausrichtung» umfassen sollte. Tatsächlich wurde der Begriff «proletarischer Internationalismus» nach harten Auseinandersetzungen mit den Sowjets von der Konferenz fallengelassen. Stattdessen heisst es in dem Abschlussdokument, die Parteien wollten «ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität entwickeln», und zwar «auf der Grundlage der grossen Ideen von Marx, Engels und Lenin» (also nicht mehr wie bisher auf der Basis des «Marxismus-Leninismus»). Gleichwohl hielt Berlinguer bis zum Beginn der 80er Jahre am Konzept Togliattis von der «Einheit

in der Vielfalt» im Weltkommunismus fest. Dieses Konzept unterstellt einen – bei allen Differenzen im einzelnen – fortwirkenden ideologisch-politischen Grundkonsens unter den Kommunisten, durch den sie sich vor allen anderen Strömungen und Parteien abheben. Darüber hinaus fuhr er fort, die «stabilen Transformationen und Errungenschaften» der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zu preisen sowie der Moskauer Aussenpolitik recht unkritisch «den Wert einer grossen universellen Botschaft des Friedens und der Revolution» beizumessen. Hier muss offenbleiben, wieweit diese Äusserungen von dem Bestreben diktiert waren, in der schwierigen Phase der «Grossen Koalition» mit den Christdemokraten (1976 bis 1979) die Partei zusammenzuhalten und den Sowjets keine zusätzlichen Hebel für Spaltungsmanöver zu liefern. Fest steht andererseits, dass diese – von der KPI-Führung selbst später zuwenig realistisch beurteilte – Einschätzung die volle Einbeziehung der Partei in die nationale Verantwortung behinderte und die Skepsis im internationalen Publikum, darunter auch bei den deutschen Sozialdemokraten wachhielt.

Abgrenzung zu Moskau

Die von den Sowjets inspirierte Unterdrückung des Reformprozesses in Polen vom Dezember 1981 überzeugte Berlinguer schliesslich von der Notwendigkeit einer eindeutigen ideologisch-politischen Abgrenzung der KPI von Moskau. In einem überraschend scharfen — und mit der Parteiführung offenbar nicht vorher abgesprochenen — Kommentar stellte Berlinguer fest, dass die aus der Oktoberrevolution gespeiste Triebkraft des Reformsozialismus sowjetkommunistischer Prägung erschöpft sei. Diese zugespitzte, von der KPI später mit übergrosser Mehrheit übernommene Einschätzung hatte für deren Verhältnis zu den Sowjets und den von ihnen kontrollierten kommunistischen Parteien einschneidende Folgen:

● Erstmals in der Geschichte übte die KPI eine Grundsatzkritik am sowjetkommunistischen Gesellschaftssystem. Der Marxismus sei in Osteuropa zur «Staatsideologie» erhoben worden und zu einem «geschlossenen Dogma» erstarrt, konstatierte Berlinguer. Die fundamentale Neuerung der Philosophie von Marx, ihre Kritik der Ideologie, sei dadurch geradezu in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die Ideologie sei zum Herrschaftsinstrument verkommen, mit der Folge, dass auf sowjetischen Druck hin überall in Osteuropa «die Freiheit und die schöpferischen Energien abgetötet» und «die ökonomische, die technologische und kulturelle Dynamik» gebremst würden.

● Diese Fundamentalkritik wurde mit einer Kritik an der sowjetischen Aussenpolitik verbunden, in der die KPI auch schon zuvor – nach Afghanistan – Tendenzen und Bestrebungen diagnostiziert hatte, «die autonomen revolutionären Prozesse durch eine Expansion der eigenen Einflusssphäre mittels einer von strategischen Kriterien geprägten Machtpolitik zu ersetzen». Aus ihrem spezifischen Sicherheitsverständnis heraus sei die Sowjetführung geradezu gezwungen, gegenüber ihren osteuropäischen Verbündeten immer dann Druck auszuüben oder sogar militärisch zu intervenieren, wenn in diesen Ländern Reformbewegungen die von Moskau gezogenen Grenzen eines Systemwandels überschritten. Die KPI werde sich nicht an die sowjetische Aussenpolitik anlehnen, bemerkte Berlinguer, da dies geradezu «selbstmörderisch» sei. Vielmehr werde sie von Fall zu Fall entscheiden und ihre Haltung von den jeweiligen konkreten Positionen und Aktionen Moskaus abhängig machen.

● Folgerichtig wirkte Berlinguer daraufhin, den Beziehungen zur KPdSU und zu anderen kommunistischen Parteien ihren besonderen, privilegierten Charakter zu nehmen und sie den Beziehungen zu Parteien und Strömungen anderer Grundorientierung mit fortschrittlicher, gesellschaftsverändernder Programmatik gleichzustellen. So wie Lenin nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs die II. Internationale der Sozialdemokratie für gescheitert erklärt und sich an die Spitze einer neuen revolutionären Bewegung gesetzt hatte, so konstatierte Berlinguer jetzt den Bankrott des «Realsozialismus» sowjetkommunistischen Typs, der sich als authentischen Erben der von Lenin gegründeten III. Internationale betrachtet.

Diese ideologische Neueinschätzung war, historisch gesehen, der vielleicht folgenreichste Schritt der KPI unter Berlinguer: Die Partei trat heraus aus dem engen System der aus der Oktoberrevolution entstandenen, auf Moskau bezogenen kommunistischen Bewegung und wurde frei für politische Beziehungen zu den demokratischen Sozialisten. Die Voraussetzungen für den Ausbau solcher Beziehungen haben sich nicht nur durch die eindeutige Abgrenzung der KPI von Moskau verbessert, sondern auch durch ihre positive, konstruktive Hinwendung zum Westen, zu seinen politischen Grundrechten und seiner Zusammenarbeit.

Politische Demokratie als Prinzip

Berlinguer legte grossen Wert auf die Bewahrung gewisser Elemente des Leninschen Erbes. Die Partei- und Staatstheorie des russischen Revolutionärs

verwarf er zwar ausdrücklich. Bewahren wollte er aber den (den passiven Attentismus der traditionellen Sozialdemokratie überwindenden) Subjektivismus der revolutionären Tat. Spurenelemente dieser Denkweise finden sich noch in der Neufassung der Parteistatuten von 1979, in der die KPI zwar den Begriff «Marxismus-Leninismus» und den mit ihm verbundenen Bindestrich-Dogmatismus liquidierte, gleichwohl aber daran festhielt, dass die Partei auch «von den erneuernden Ideen und dem Werk Lenins einen Impuls von historischer Bedeutung erhalten» habe. Diese Berufung auf Lenin, die übrigens auch in einem hinhaltenden Widerstand Berlinguers gegen die 1983 vollzogene faktische Liquidierung des «demokratischen Zentralismus» zum Ausdruck kam, können Sozialdemokraten nicht nachvollziehen: Für uns ist Lenin zwar ein grosser Revolutionär, gleichzeitig aber auch der eigentliche Spalter der traditionellen Arbeiterbewegung, der für die Lösung aktueller Probleme der westlichen Industriegesellschaften nichts hergibt und im Osten inzwischen zum Säulenheiligen erstarrt ist.

Dieses – partielle – Bekenntnis zu Lenin wird bei Berlinguer mehr und mehr überlagert von dem Bestreben, «mehr Demokratie zu wagen» (Willy Brandt) und «eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ohne das demokratische Terrain zu verlassen». In diesem Sinne haben für ihn die politische Demokratie sowie der politische und soziale Pluralismus prinzipiellen Wert (und nicht nur, wie für die moskauorientierten Westkommunisten, taktische Bedeutung als günstiger Kampfboden zur Eroberung der Macht). Diese Position der KPI hat nicht zuletzt in der konsequenten Verteidigung des italienischen Rechts- und Verfassungsstaates gegen den Terrorismus der Roten Brigaden ihren Ausdruck gefunden. Berlinguer ist auch auf Kommunistenkonferenzen und KPdSU-Parteitagen offen für sie eingetreten. Die Arbeiterklasse Italiens könne ihre historische Aufgabe nur in einem «pluralistischen demokratischen System» erfüllen, verkündete er zum Ärger der Sowjets auf deren XXV. Parteitag von 1976. Weiter bekräftigte Berlinguer in Moskau: «Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die der Höhepunkt in der Entwicklung aller demokratischen Errungenschaften sein soll und die die Wahrung aller individuellen und kollektiven Freiheiten, der Freiheiten des Glaubens und der Kultur, der Künste und der Wissenschaften garantiert.» Bei all dem fühlte sich Berlinguer einerseits – wie es im neuen Parteistatut von 1979 heisst – «in der ideellen und kulturellen Tradition verankert, die ihre Wurzel und Inspiration im Denken von Marx und Engels besitzt». Andererseits drängte er die KPI aber auch, «sich mit allen Strömungen des modernen Denkens zu messen» und damit den «weltlichen und rationalen Charakter» der Partei zu unterstreichen (Statut). So sah er beispielsweise im Katholizismus eine grosse geistige und politische Kraft, mit der die Kommunisten in einen ernsthaften Dialog eintreten müssten. «Ein Christ sieht Aspekte im Leben und in den menschlichen Beziehungen», bemerkte Berlinguer 1976, «die einem Marxisten teilweise entgehen können. Wir sind offen dafür, die Werte und Wahrheiten anderer anzuerkennen.» Schwieriger tat er sich, wie schon eingangs erwähnt, mit der internationalen Sozialdemokratie, obwohl – oder gerade weil? – sich die KPI in ihrer evolutionären Strategie, «schrittweise Elemente des Sozialsmus» in die bestehende Gesellschaft einzuführen (Berlinguer), praktisch kaum noch von den Strömungen und Kräften der Sozialdemokratie unterscheidet, die – vor dem geschichtlichen Hintergrund der Lähmung der traditonellen Sozialdemokratie durch das Auseinanderfallen von revolutionärer Theorie und reformerischer Praxis — für system-überwindende Reformen eintreten.

Die westeuropäische Wende

Es war nicht Berlinguer, sondern es waren die «Sozialdemokraten» Amendola und Napolitano, die ihre Partei seit Anfang der 70er Jahre drängten, den Dialog mit den Sozialdemokraten und Sozialisten zu intensivieren und der Europäischen Gemeinschaft neue Impulse von links zu geben. Diese Anstösse wurden von Berlinguer zunächst nur zögernd, dann jedoch entschlossen aufgenommen und vorangetrieben – nicht zuletzt mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen «Selbstbehauptung Europas» zwischen den befreundeten USA und dem Nachbar Sowjetunion.

So trug Berlinguer, von Haus aus eher ein Freund Frankreichs und seiner politischen Kultur, unter dem Eindruck der Bonner Entspannungspolitik erheblich dazu bei, das in seiner Partei und in Italien generell fest eingewurzelte Negativ-Bild der Bundesrepublik aufzuhellen und teilweise sogar in ein positiv akzentuiertes Bild zu verwandeln. Man blickt mittlerweile auch in der KPI erwartungsvoll nach Westdeutschland, weil man überzeugt ist, dass hier ein starker Motor steht, der imstande wäre, der Entspannung neue Impulse zu geben und die Entwicklung der EG von einer Wirtschaftsunion zu einer politischen Union entscheidend voranzutreiben.

Die «westeuropäische Wende» der KPI hängt mit ihrer Abnabelung von Moskau eng zusammen: Die Partei ist dabei, aussenpolitisch neue Ufer, neue Be-

zugspunkte zu suchen, das Europa der EG und die in ihm wirkenden demokratisch-sozialistischen Kräfte. Die Präsenz Berlinguers und seine aktive Rolle im Europaparlament müssen als symbolischer Ausdruck dieser Neuorientierung gewertet werden. Liest man die entsprechenden Dokumente der KPI und schaut man auf ihre politischen Aktivitäten in Strassburg, so wird man feststellen, dass sich die Positionen der italienischen Kommunisten auf fast allen Feldern mit den Mehrheitspositionen der demokratischen Sozialisten decken. Dazu nur einige Stichworte:

● Die KPI tritt für eine aktivere Rolle der EG in der Wirtschafts-, Energie-, Technologie- und Sozialpolitik ein. Darüber hinaus erwartet sie neue Integrationsimpulse von einem Ausbau der EG-Institutionen, wie ihre vorbehaltlose Unterstützung des Spinelli-Berichts zeigt. Insoweit ist die KPI übrigens optimistischer als die SPD, die hier eher die Gefahr einer Flucht in abstrakte Verfassungsdiskussionen wie in den 50er Jahren sieht.

● Die KPI spürt wie wir die Notwendigkeit, die EG im Sinne der «Selbstbehauptung Europas» von einer Wirtschaftsgemeinschaft zu einer Friedensgemeinschaft, zu einem Faktor des Ausgleichs zwischen Ost und West auszubauen – nicht im Sinne einer «Dritten Kraft» zwischen den Blöcken, sondern als eigenständige Kraft im Rahmen der Atlantischen Allianz. Die Gemeinschaft – «unsere» Gemeinschaft – müsse spezifische eigene Vorstellungen entwickeln, betonte Berlinguer 1980 in Strassburg, um Sicherheit, Entspannung und Zusammenarbeit zu fördern und durch eine Politik «der Mässigung, der Klugheit und der konstruktiven Initiativen» zu einer Tendenzwende in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau beizutragen.

● Eine besondere Sensibilität entwickelte Berlinguer gegenüber den Problemen der Dritten Welt. Die Berichte der Brandt-Kommission fanden in der KPI grosse Aufmerksamkeit. Bemerkenswerterweise baute die KPI dieses Engagement in ihr auf die EG gerichtetes Bezugssystem ein und nahm ihm damit den zuvor gelegentlich abstrakten und oft auch gegen westliche Interessen gerichteten Charakter. Berlinguer sah eine zentrale Aufgabe Europas darin, sich für die politisch-kulturelle Eigenständigkeit der Länder der Dritten Welt einzusetzen (auch gegenüber sowjetischem Penetrationsstreben) und ihnen bei der Überwindung ihrer wirtschaftlichen Probleme in gleichberechtigter Partnerschaft zu helfen.

Europa und die westliche Arbeiterbewegung wüchsen aus strukturellen und politischen Gründen in eine Rolle hinein, betonte Berlinguer Anfang 1982, die sie zum «Epizentrum der neuen Phase des Kampfes für den Sozialismus» machten. Hier werden interessante Konvergenzen zur Politik der Sozialistischen Internationale deutlich, die seit der Übernahme der Präsidentschaft durch Willy Brandt (1976) den die klassische Arbeiterbewegung weithin bestimmenden «Eurozentralismus» überwunden hat.

Neue Aufgaben

Die KPI hat sich unter Berlinguer bewusst auf die Risiken eingelassen, die geistiger Wandel, Akzeptierung der Demokratie, Offenheit gegenüber Andersdenkenden gerade für eine in den Denkmustern und Traditionen der Komintern gross gewordene Partei mit sich bringen. Sie hat die Probleme ihrer historischen Entwicklung, die von der ideologisch und politisch auf Moskau fixierten kommunistischen Weltbewegung über Jahrzehnte hinweg geprägt worden ist, weitgehend bewältigt. Damit ist sie zu einer die Politik Italiens mitbestimmenden, in allen Teilen der Bevölkerung verankerten grossen «Reform- und Volkspartei» (Berlinguer) geworden – anders als beispielsweise die KPF, die hartnäckig an ihrer traditionellen Identität festhält und dafür dem historischen Niedergang entgegenzugehen scheint. An dieser grundsätzlichen Linie der KPI dürften die Nachfolger des verstorbenen Parteichefs auch in Zukunft festhalten. Freilich erwachsen der KPI aus der mit ihrer «Verweltlichung» verbundenen «Verwestlichung» und aus ihrem neuen Selbstverständnis als radikaldemokratische Reformpartei mit Regierungsambitionen neue Aufgaben und neue Probleme – Probleme, die aus meiner Sicht unter Berlinguer offen geblieben sind. Worin soll der «dritte Weg» bestehen, den die KPI zwischen der Sozialdemokratie und dem «in seiner Triebkraft erschöpften» Sowjetkommunismus einschlagen will? Wiederholt hat Berlinguer – fast bernsteinianisch – betont, dass es feststehende «Modelle» des Sozialismus nicht geben könne, dass die Bewegung das Entscheidende sei. Wenn es heute einen zukunftsträchtigen Weg der europäischen Linken gibt, so führt er gewiss nicht an überkommenen Vorstellungen und Trennungslinien entlang, sondern vielmehr an neuen Fragestellungen: Was kann Europa zu einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West beitragen, die den Weg zu einer europäischen Friedensordnung freimacht? Was können seine Beiträge zu einer neuen Ordnung von Weltpolitik und Weltwirtschaft sein, die den Weltfrieden festigt, indem sie allen Ländern, auch denen der Dritten Welt, eine faire Entwicklungsmöglichkeit in Unabhäng-

keit und Würde eröffnet? Welche politischen Rahmenbedingungen müsen in den westlichen Industriestaaten – strukturell und prozedural – geschaffen werden für ein qualitatives Wachstum, das die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit erhält, dem blinden Konkurrenz- und Profit-Mechanismus aber keine humanen, ökologischen, sozialen Grundwerte opfert? Welches sind die neuen Konzepte für eine menschenwürdige Sozialordnung, die soziale Sicherheit zugleich wirtschaftlicher und gerechter gewährleistet? Dies werden zentrale Themen der Überarbeitung des Godesberger Programms der SPD sein. Wir wollen die KPI nicht auf unsere Linie einschwören. Wir werden sie aber nach ihren eigenen Vorstellungen befragen. Dass solche Gespräche sinnvoll sind und fruchtbar sein können, dafür hat Berlinguer mit das Fundament gelegt. Wir bekunden ihm über das Grab hinaus unseren grossen Respekt.

Sozialgeschichte des Nahostkonfliktes

Konfliktpotential im Nahen Osten

Von Walter Hollstein

Dieser Artikel ist ein Auszug aus Walter Hollsteins Buch «Kein Frieden um Israel – Sozialgeschichte des Nahostkonflikts», das demnächst im promedia-Verlag in Wien erscheinen wird. Es handelt sich dabei um ein Werk, das in seiner ersten Auflage bereits 1972 im S.-Fischer-Verlag erschien und dort – nach vier Auflagen – beim Wechsel des Verlagsmanagements aus politischen Gründen nicht wieder aufgelegt wurde. Die nun im promedia-Verlag veröffentlichte Arbeit ist um einige neue Kapitel erweitert und aktualisiert worden. Unser Auszug entstammt einem der neuen Kapitel.

Der Nahostkonflikt, wie er sich heute präsentiert, ist durch den zionistischen Machtanspruch in einer arabischen Region geschaffen worden. Je mehr sich dieser Machtanspruch des Zionismus dabei jeweils der klassischen Zielvorstellung eines jüdischen Landes *vom Euphrat bis an den Nil* annähert, desto brisanter wird der Konflikt zwischen Arabern und Juden. Eingedenk der tatsächlichen Gegebenheiten im Nahen Osten warnte z.B. de Gaulle die Israelis vor dem «Sechs-Tage-Krieg», dass sie nach einem militärischen Erfolg die Gefangenen ihres Sieges sein würden. Dieses antizipierende Wort bestätigte sich wie ähnliche Voraussagen früher und später. Der Zionismus konnte sich indessen auch nach 1967 nicht von seiner ihm inhärenten Logik von Okkupation und Repression gegenüber den Arabern befreien und blieb dergestalt das entscheidende Hindernis aller Friedensbemühungen.

Ungeachtet aller arabischen Interessen setzte der Zionismus in die Praxis um, was Ben Gurion einst als Maxime fomulierte: «Was die Eingeborenen sagen, interessiert uns nicht; wichtig ist einzig, was die Juden machen.» So kolonisierten denn die Israelis auch nach 1967 die besetzten Gebiete, schufen durch die Gründung von Wehrdörfern und Siedlungen ihre «vollendeten Tatsachen» und lehnten eine Rückgabe des faktisch Annektierten ab. Mit Moshe Dayan – dem früheren Verteidigungs- und späteren Aussenminister – postulierte der Zionismus, Gebietsbesitz dem Frieden «vorzuziehen». Diese zionistische Strategie fand die international, insbesondere die totale amerikanische Unterstützung, solange Israel im Nahen Osten die exklusive Funktion hatte, den arabischen Nationalismus zu schwächen. Seither hat vor allem die Veränderung ökonomischer Prioritäten zu einer internationalen Aufwertung der gemässigten arabischen Regimes geführt.

«Mit der Wendung imperialistischer Interessen in der Region von blosser Rohstoffextraktion auch zur Kapitalakkumulation hin verändern sich auch die Herrschaftsformen; d.h. die Interessendurchsetzung, die hauptsächlich auf unmittelbarer Gewaltanwendung basierte, verändert sich in Richtung ökonomischer Durchdringung. Damit verliert der zionistische Staat Israel tendenziell die Funktion eines Kettenhundes für die jeweiligen imperialistischen Mächte.

Wir betrachten den Oktoberkrieg als ein deutliches Anzeichen für den Erosionsprozess des zionistischen Unternehmens, der im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Weltmarkt, den damit zusammenhängenden politischen Veränderungen in der Region, die ihren Ausdruck im Charakter der arabischen Regimes wiederfinden, dem palästinensischen Widerstand und nicht zuletzt mit der inner-israelischen Entwicklung verbunden gesehen werden muss.»